



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An die
Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Beilagen
LAD1-VD-17661/084-2013
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: post.lad1@noel.gv.at
Fax 02742/9005-13610 Internet: <http://www.noel.gv.at>
Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

Bezug	BearbeiterIn	(0 27 42) 9005	Durchwahl	Datum
-	Dr. Michael Hofer	15337		19. November 2013

Betrifft
Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 – Novelle 2014

Die NÖ Landesregierung nimmt zum Entwurf einer Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012 geändert wird, wie folgt Stellung:

Allgemeines:

Der Entwurf der SNE-VO 2012-Novelle 2014 prolongiert die bereits bestehenden Belastungen für Erzeuger und führt in Anbetracht der derzeitigen Marktlage zu keiner wesentlichen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Stromerzeugungsanlagen und damit der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in Österreich.

In den letzten Jahren wurden in Österreich einzelne Entgeltkomponenten wie das Netzverlustentgelt, das Systemdienstleistungsentgelt, das Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke und die Kosten der Primärregelung sowie die Entgelte aus der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung für österreichische Erzeugungsanlagen eingeführt oder erhöht. Diese Entgeltkomponenten stellen einen Wettbewerbsnachteil für österreichische Erzeuger dar, da Stromimporte aus angrenzenden EU-Nachbarstaaten

nicht mit den Entgeltkomponenten, welche inländische Erzeuger zu tragen haben, konfrontiert werden. In einem gemeinsamen Marktgebiet sind gleiche tarifliche Wettbewerbsbedingungen unabdingbar. Hinsichtlich der Höhe des Systemdienstleistungsentgeltes (Österreichischer Bereich) wird angemerkt, dass dieses von 0,118 im Rahmen der SNE-VO 2012 um rd. 52 % auf 0,179 Cent/kWh in der SNE-VO 2012-Novelle 2013 erhöht wurde. Die nunmehr im Entwurf vorgesehene Höhe des Systemdienstleistungsentgeltes von 0,1630 Cent/kWh stellt zwar eine begrüßenswerte Senkung von rund 9,82 % gegenüber 2013 dar, jedoch erscheint diese Entgeltkomponente weiterhin überhöht. In diesem Zusammenhang wird ersucht, die möglichst rasche Markttöffnung für Sekundärregelung hin zu größeren Märkten zu forcieren.

Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu § 4 Abs. 1 Z 9:

Tarifliche Maßnahmen, die Anreize für eine Stützung und Erhöhung der Versorgungssicherheit in Österreich schaffen, werden begrüßt. Aus dem Entwurf sowie aus den Erläuterungen ist jedoch nicht ersichtlich, wie im Konkreten die angedachte Bestimmung in der Praxis (betroffene Kundengruppen, Verantwortlichkeiten im Zuge der Abrechnung und Ablauf zwischen den Marktteilnehmern etc.) anzuwenden ist. Diesbezüglich wird um nähere Ausführungen in den Erläuterungen sowie um Klarstellung, dass die angedachte Entgeltbestimmung des § 8 sich ausschließlich auf die Entnehmer (ausgenommen Pumpspeicher) bezieht, ersucht.

Zu § 8:

Die gesetzlich vorgesehene Einbeziehung der Arbeitskosten der Sekundärregelung in die Systemnutzungstarife widerspricht dem Grundsatz der Kostenverursachungsgerechtigkeit und erscheint diskriminierend. Weiters wird die Einbeziehung von Kosten aus der technisch der Tertiärregelung zuzurechnenden Produkten (sogenannte Ausfallsreserve) in die Systemdienstleistung abgelehnt. Trotz der gesetzlich vorgeschriebenen marktkonformen Ausschreibung der Sekundärregelung gemäß § 69 EIWOG 2010 würde der in der SNE-VO 2012-Novelle 2014 angedachte Tarif noch immer einen Anstieg gegenüber der SNE-VO 2012 von rd. 40 % bedeuten. Dadurch erwächst den inländischen Erzeugern ein

Wettbewerbsnachteil gegenüber den ausländischen Anbietern. Es besteht damit auch die konkrete Gefahr, dass eine Reihe von Zielsetzungen (weniger Atomstromimport; Versorgungssicherheit, Stärkung der inländischen Stromproduktion) nicht erreicht werden können.

Die Regelung des § 8 kann aufgrund der vorliegenden Informationen der Höhe nach nicht nachvollziehbar geprüft werden. Es bedürfte einer klaren Darstellung in den Erläuterungen.

Laut ElWOG 2010 sind auch Stromerzeugungsanlagen mit mehr als 5 MW mit diesen Entgelten zu belasten. Es darf hier (wiederholt) angemerkt werden, dass Ökostromanlagen vom Geltungsbereich des ElWOG 2010 auszunehmen wären, da diese Entgelte nicht in den Ökostromtarifen berücksichtigt sind. Dies gilt sinngemäß auch für das Netzverlustentgelt.

NÖ Landesregierung

Im Auftrag

Dr. S e i f

Landesamtsdirektor



Dieses Schriftstück wurde amtssigniert.
Hinweise finden Sie unter:
www.noe.gv.at/amtssignatur